

Landesvoranschläge 2015 und 2016 Generalrede

Trotz aller Klagen über ein sinkendes Wirtschaftswachstum steht der Tiroler Landesregierung in den kommenden zwei Jahren mehr Geld zur Verfügung, als sie in der Vergangenheit jemals hatte.

Die Einnahmen des Landes Tirol entwickeln sich im Vergleich zum Jahr 2013 wie folgt:

RA-2013	3 Mrd 336 Mio Euro
VA-2015	3 Mrd 355 Mio Euro, also 19 Mio mehr als 2013
VA-2016	3 Mrd 449 Mio Euro, also 94 Mio mehr als 2015

Es kommt also in Wahrheit jedes Jahr noch mehr Geld in den Haushalt des Landes Tirol.

Leider kommt aber das Geld nur zu einem kleinen Teil bei denen an, die es am nötigsten brauchen würden.

Ich möchte hier an die vielen Menschen erinnern, die mehr Hilfe brauchen würden als für sie vorgesehen ist:

- **ARMUT**

- **Obdachlose**

Es ist kaum zu glauben, dass es bei uns noch Menschen gibt, die kein Dach über dem Kopf haben, die auch im Winter auf der Straße leben und frieren müssen, aber es ist so.

Nach einer Erhebung der Caritas **2011**, waren damals in Innsbruck 729 Menschen wohnungslos. **272 lebten akut auf der Straße**. Nach Auffassung von Herrn Diplom Sozialarbeiter Michael Hennermann, dem Leiter des Vereins für Obdachlose hat sich diese Zahl in den letzten Jahren noch erhöht. Im letzten Jahr standen den Obdachlosen in Innsbruck **31 Betten in der Trientlgasse**, die vom Roten Kreuz betreut wird, zur Verfügung und **13 Schlafplätze**, die von der **Vinzenzgemeinschaft** im Rahmen des Projekts „**Vinzibett**“ betreut wurden. Die Räume für diese 13 Schlafplätze wurden vom Bundesheer zur Verfügung gestellt. Letztes Jahr ist es öfter vorgekommen, dass diese insgesamt 44 Betten nicht ausgereicht haben, das heißt, dass Leute abgewiesen werden mussten. Wo und wie die abgewiesenen Personen die Nacht verbracht haben, will ich mir gar nicht vorstellen.

Heuer führt die Vinzenzgemeinschaft ihre Initiative nicht mehr fort.

Landesrätin Drⁱⁿ Christine Baur teilte in Beantwortung der Anfrage des Abg. Edi Rieger am 02.12.2014 mit, das Land Tirol werde im heurigen Winter in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Innsbruck wieder die vom Roten Kreuz betreute Notschlafstelle in der Trientlgasse anbieten, die scheinbar auf 36 Betten aufgerüstet wurde.

Die 44 Schlafstellen für Obdachlose, die letztes Jahr schon nicht ausgereicht haben, sollen also im kommenden Winter nochmals reduziert werden, nämlich auf 36 Betten.

FAZIT: Das Land Tirol, dem in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich zwischen 3,3 und 3,4 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung stehen werden, ist nicht einmal dazu bereit, genug Notschlafstellen zu schaffen, dass die in Tirol lebenden Obdachlosen im Winter in einem geheizten Raum übernachten können.

Landesrätin Drⁱⁿ Christine Baur rechtfertigt das in ihrer Anfragebeantwortung an Abg. Edi Rieger damit, dass die Notschlafstellen von der jeweiligen Gemeinde geschaffen werden müssten. Dies ist aber nicht richtig. Es ist im Gegenteil so, dass das Land Tirol in **Art. 7 der Tiroler Landesordnung** ausdrücklich zusichert, **für die sozialen Bedürfnisse und insbesondere für Wohnmöglichkeiten der Landesbewohner zu sorgen**.

Auch nach dem **Tiroler Mindestsicherungsgesetz** und nach dem **Grundversorgungsgesetz** ist das Land Tirol für **Notlagen**, insbesondere für die **Sicherung des Wohnbedarfes** zuständig. Soweit keine ausdrücklichen Rechtsansprüche bestehen, was bei Obdachlosen wahrscheinlich oft deshalb der Fall sein wird, weil viele von Ihnen vielleicht keine offiziellen Anträge stellen und vielleicht andere Formalitäten nicht erfüllen, fällt die Hilfeleistung in den Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung, für die es keinerlei Zuständigkeitsbeschränkungen gibt.

Die Behauptung, nicht zuständig zu sein, ist also nur eine Ausrede.

Wenn aber schon unterschiedliche Auffassungen über die Zuständigkeit bestehen, hätten diese **im Sommer** ausverhandelt werden müssen. Es darf nicht sein, dass zu einem Zeitpunkt, wo es draußen schon längst Minusgrade hat (zumindest in der Nacht), erst zwischen dem Land Tirol und der Stadt Innsbruck darüber verhandelt wird, wer dafür zuständig ist, dass diese armen Menschen im Winter wenigstens einen Platz haben, wo sie schlafen können.

- **Bezieher von Mindestsicherung**

Im Jahr 2013 haben in Tirol **14.258** Menschen Mindestsicherung bezogen. Die Zahl ist laufend gestiegen. 2011 waren es noch 12.280, 2012 waren es 13.465. Mindestsicherung bedeutet **nicht Schutz gegen Armut**, sondern **schreibt ein Leben in Armut vor**. Besonders drückend ist für die Betroffenen, dass die Ausgaben für **Strom**, welche der Funktion nach zum Wohnbedarf zu zählen wären, nicht gesondert abgegolten werden. Dabei sind aber die Kosten für Energie in den letzten Jahren in **unverhältnismäßigem** Ausmaß **gestiegen**, was nun regelmäßig zu finanziellen **Notlagen** der Mindestsicherungsbezieher führt. Die hohen Energiekosten schmälern in dramatischer Weise die ohnehin äußerst knapp bemessenen Mittel, die für diesem Personenkreis für die Sicherung des Lebensunterhaltes zur Verfügung stehen.

Wir Abgeordnete von der Liste Fritz kritisieren in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Mindestsicherungsbezieher nicht zumindest solche **Stromtarife** erhalten, **wie die Großabnehmer**. Auch daran hat sich aber bisher nichts geändert.

Die TIWAG erwirtschaftet Jahr für Jahr Gewinne und schüttet diese an das Land Tirol aus. Wenngleich dies grundsätzlich erfreulich ist, muss festgehalten werden, dass das Land Tirol, das ja Alleineigentümerin der TIWAG ist, auf dem Rücken der Mindestsicherungsbezieher keine Gewinne erwirtschaften soll.

Auch diese Personengruppe merkt also von der Großzügigkeit, für sich die Landesregierung sonst oft ganz gerne feiern lässt – vor allem, wenn es dann auch ein nettes Bild in einer Zeitung gibt – nichts.

- **Armutsgefährdete Menschen**

Rund **66.000** Menschen und damit **9,3 %** sind in Tirol **armutsgefährdet**. Darunter **20.000 Kinder**. **40.000** Tirolerinnen und Tiroler **können sich das Heizen nicht leisten**. Was tut die Landesregierung dagegen. Wo sind die Programme, um dies zu ändern. Ich finde dazu nichts im Budget.

- **MISSBRAUCHSOPFER**

Als Entschädigung für die in den Kinderheimen des Landes Tirol geschundenen und seelisch zerstörten Menschen hat die schwarz-grüne Regierung für das kommende Jahr gerade mal **65.000,-- Euro** und für das Jahr 2016 **20.000,-- Euro** eingeplant. Dies beweist, dass die Redebeiträge von Klubobmann Gebi Mair, wonach Landesrätin Christine Baur vorhätte, sich die einzelnen Schicksale der Opfer von Missbrauch und brutaler Gewalt in den Kinderheimen des Landes Tirol genau anzuschauen, und gegebenenfalls **auf Verjährung zu verzichten, nie ernst gemeint** waren und nur die von der schwarz-grünen Regierung geplante Hartherzigkeit verschleiern sollten. Mit dieser Budgetplanung sagen Sie, Herr Landeshauptmann und meine Damen und Herren Landesrätinnen und Landesräte, auch **etwas über sich aus**, über ihre **Empathie** und ihre Fähigkeit, **Mitleid** zu empfinden und **Verantwortung** zu übernehmen. Sie agieren hier nicht als Privatpersonen, sondern als Vertreter des Landes Tirol, das sich an diesen bedauernswerten Menschen schwer schuldig gemacht hat. Dafür nur 65.000 und 20.000 Euro zahlen zu wollen, ist wirklich empörend.

- **ENTWICKLUNGSHILFE**

Auch, dass die geplanten Ausgaben für Entwicklungshilfe **von 850.000 Euro** im Jahr 2013 auf **633.000 Euro** in den Jahren 2015 und 2016 zurückgefahren werden soll, gibt Anlass zur Besorgnis, weil wir ja alle aus den Medien wissen, wie viel Leid die Menschen in den Ländern der Dritten Welt gerade auch im heurigen Jahr erfahren mussten.

Der Begriff Dritte Welt wurde übrigens in Analogie zum Dritten Stand vor der Französischen Revolution geprägt, und sollte jene Länder bezeichnen, welche zwar die **Mehrheit der Weltbevölkerung** darstellen, aber in der Weltpolitik dennoch **machtlos** sind. Wir alle wissen aus der Geschichte, dass sich die Hartherzigkeit der beiden privilegierten Stände Klerus und Adel gegenüber dem Dritten Stand **bitter gerächt** hat, und daher sollten wir aus der Geschichte **lernen**, bevor sie sich **wiederholt**.

- **SOZIALBERATUNGEN**

- Schuldenberatung Tirol: rund 1.590 Beratungsfälle (=Personen) (2013)
- Sozialberatung DOWAS: 1.400 Beratungsfälle (=Personen) (2013)
- Sozialberatung Caritas: 7.000 Beratungsgespräche mit 3.700 Personen (2013)

Einerseits zeigt die Zahl der Beratungen, dass es ganz viele Menschen in unserem Land gibt, denen es gar nicht gut geht.

Andererseits sind diese Sozialvereine ganz wichtig und wertvoll, weil sie versuchen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Wer z.B. seine Schulden nicht mehr zahlen kann, wird geklagt und exekutiert und schon bald haben sich seine **Schulden vervielfacht**. Durch die Lohn-Exekutionen verliert der Schuldner nicht selten seinen Arbeitsplatz. **Statt** Steuer und Sozialversicherungsbeiträge **zu zahlen**, braucht der Schuldner nun finanzielle **Unterstützung** von einer öffentlichen Kasse, sei es nun Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Mindestsicherung. Die Schuldenberatung hilft nun Schuldnern dabei, einen Privatkonkurs durchzuführen, das heißt, den Teil der Schulden, den sie in fünf bis sieben Jahren zahlen können, regelmäßig und ohne dass weitere Klags- und Exekutionskosten dazukommen, abzustottern und wieder ein finanziell geordnetes Leben zu führen. Wenn das gelingt - und das ist häufig der Fall - entkommt der Schuldner und dessen Familie der Armutsfalle und leistet sogar wieder Zahlungen in die öffentlichen Kassen, nämlich Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Die öffentlichen Kassen werden entlastet, weil die Betroffenen nicht länger auf Unterstützungen wie Arbeitslose, Notstandshilfe bzw. Mindestsicherung angewiesen sind.

Angesichts dieser offensichtlichen volkswirtschaftlichen Nutzeffekte der Schuldenberatung erspare ich mir, auch die humanitären und psychologischen Gründe näher auszuführen, aus denen es wichtig und notwendig ist, dass wir Menschen in einer Notlage, in der sie sich selbst nicht mehr helfen können, nicht im Stich lassen.

Trotzdem erhält z.B. die Schuldenberatung vom Land Tirol **nie Geld genug**, damit sie jene Leute innerhalb einer vertretbaren Zeit beraten kann, die sich an sie wenden. Jahr für Jahr wird der Schuldenberatung einfach weniger Geld überwiesen, als sie bräuchte. Wir waren uns im Landtag darüber einig, dass die Schuldenberatung so viel finanzielle Unterstützung vom Land Tirol erhalten soll, dass die **Wartezeiten auf einen Monat verkürzt** werden können. Derzeit treten aufgrund der personellen Unterbesetzung Wartezeiten von mehreren Monaten auf, die nicht nur für die Betroffenen eine schwere Belastung darstellen und zu einem vermeidbaren Anwachsen des Schuldenberges führen, sondern auch zur Folge haben, dass etwa **die Hälfte der Ratsuchenden den Mut verlieren und nicht mehr wiederkommen**. Neben dem menschlichen **Leid**, das dadurch verursacht wird, entsteht auch ein erheblicher **volkswirtschaftlicher Schaden**, weil alle Leute, die in der Armutsfalle hängen bleiben, dem Staat erhebliche Kosten verursachen, obwohl sie sich bei entsprechender Betreuung wieder selbst helfen könnten und sogar wieder Steuer und Sozialversicherung zahlen würden.

Auch hier kann man daher nur sagen: Das viele Geld, über das die Landesregierung verfügt, kommt nicht bei denen an, die es am meisten brauchen würden, zumindest nicht in ausreichendem Ausmaß.

- **WOHNEN**

Bis zu **50 % ihres Einkommens** müssen die Tiroler heute schon für das Wohnen ausgeben.

Die hohen Wohnungskosten, die wir heute in Tirol haben, sind eine direkte Folge der **ÖVP-Politik** der letzten Jahrzehnte. **Grundverkehrsgesetz**, **Raumordnungsgesetz** und das Verschieben der **Gemeindegründe** an **Agrargemeinschaften** haben die Grundpreise ständig in die Höhe getrieben. Dadurch steigen natürlich auch die **Preise für Wohnungen**, die **Rückzahlungsraten** und die **Mieten**.

Während sich in der **Generation unserer Großväter** noch viele Arbeiter ein Grundstück kaufen und darauf ein eigenes Haus bauen konnten, kostet heute schon eine bloße

Wohnung mit 140 m² Wohnnutzfläche,
mit 150 m² Garten,
z.B. in Birgitz satte 450.000 Euro.

Wer kann sich das noch leisten.

Vor der Wahl haben auch die ÖVP und die Grünen versprochen, für leistbares Wohnen zu sorgen. Nachdem die Landtags- und Nationalratswahlen vorbei sind, behauptet LR Tratter von der ÖVP jetzt - wir hätten **genug Wohnungen** und Vizepräsident Weratschnig von den Grünen outet sich, dass er **gegen Baulandmobilisierung** ist.

Nach dem **Gesetz von Angebot und Nachfrage** würden die Wohnungspreise (und auch die Mieten) natürlich deutlich sinken, wenn mehr Wohnungen angeboten würden und würden die Grundstückspreise und damit wieder die Wohnungspreise sinken, wenn Bauland mobilisiert, das heißt wenn mehr Grundstücke zum Verkauf angeboten würden. Die Aussagen der ÖVP, es braucht gar nicht mehr Wohnungen, und der Grünen, wir wollen gar keine Baulandmobilisierung, heißen daher, dass die **Regierungsparteien in Wahrheit gar nicht wollen**, dass die Wohnungspreise und die Mieten sinken. Und genau das ist in Wahrheit auch das Problem.

Wenn das Land Tirol gewollt hätte, hätte es die Wohnungskosten schon längst senken können. Die Tiroler Landesbank **Hypo Tirol** hat bekanntlich rund 200 Millionen Euro in Italien bzw. Deutschland investiert und schon verloren. Von weiteren 200 Millionen Euro, die sie ebenfalls in Italien investiert hat, hofft man, dass sie vielleicht doch noch zurückbezahlt werden. Das sind zusammen **400 Millionen Euro**. Mit diesem Geld hätte man mehrere tausend Wohnungen bauen können. Damit hätte man z.B. die Wohnungspreise durchaus in Bewegung bringen können.

Aber reden wir von der Gegenwart bzw. von der Zukunft: Warum startet das Land Tirol nicht eine **wirkliche große Wohnbauinitiative**? Die Zeit wäre nie günstiger als jetzt: Die **Kredite** sind so **billig** wie noch nie, und der **Arbeitsmarkt** würde einen solchen Impuls dringend brauchen. Hier gilt auch nicht das Argument, dass die Regierung keine neuen Schulden machen soll, weil das Land Tirol durch den Bau von Wohnungen ja in Summe **nicht ärmer** würde. Da mit dem aufgenommenen Geld Wohnungen geschaffen würden, die auch gebraucht werden, würde durch eine solche Initiative ja nur Geldvermögen in Liegenschaftsvermögen umgewandelt. Das Land Tirol könnte die aufgenommenen Darlehen entweder aus **Mieteinnahmen** oder aus den **Rückzahlungen** von Wohnbauförderungsdarlehen abstanen. Das **Landesbudget müsste** damit überhaupt **nicht belastet werden**.

Also auch hier tun ÖVP und Grüne mit zwei wichtigen Problemen des Landes, nämlich mit den hohen Wohnkosten und der Arbeitslosigkeit nichts anderes, als kleine Linderungspflaster aufzulegen. Natürlich wird ein bisschen etwas getan. Aber in Wahrheit reichen die Maßnahmen nicht einmal aus, um den Status quo zu halten, sondern es wird immer noch schlechter. Die Wohnungskosten steigen immer noch höher und auch die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Das ist im Ergebnis schlicht und einfach mit NICHT GENÜGEND zu bewerten. GENÜGEND wäre nur eine Besserung der Verhältnisse und die ist mit diesen beiden Budgets nicht zu erwarten.

- **BILDUNGSSYSTEM – JUGEND**

- **Pflichtschulabschluss**

Das Institut für Höhere Studien, IHS, berechnete¹, dass etwa **5 %** der Jugendlichen das Schulsystem **ohne positiven Pflichtschulabschluss** verlassen. In Tirol sind das in Summe **mehr als 30.000 Menschen**, die von unserem Bildungssystem links liegen gelassen wurden, die durch das Schulsystem an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt wurden. Bezeichnenderweise gibt es für die Größe dieser Gruppe **nicht einmal genaue Zahlen**. Von der Statistik vergessen, in der Gesellschaft benachteiligt. Totgeschwiegen.

Es ist klar, aber auch statistisch belegt, dass Menschen ohne Pflicht- bzw. Hauptschulabschluss sich wesentlich **schwerer** tun, einen **Arbeitsplatz zu finden** als andere, und dass sie schlechter bezahlt werden, wenn sie Arbeit haben. Trotzdem wird die Möglichkeit, einen Pflichtschulabschluss nachholen zu können, **nur in Innsbruck und in Kufstein** angeboten. So ein Kurs dauert eineinhalb Jahre. Die Lehrveranstaltungen finden von Montag bis Donnerstag jeweils am Abend statt, und dauern jeweils bis 22 h. Jemand, der also z.B. im Bezirk Lienz oder im Bezirk Reutte wohnt, kann also dieses Angebot überhaupt nicht wahrnehmen. Aber auch die, die z.B. im Bezirk Kufstein in einer ländlichen Region wohnen, können dieses Angebot nur wahrnehmen, wenn sie ein eigenes Auto haben, weil die letzten Busse - wie in den meisten anderen Bezirken auch - kurz nach 19 h abfahren.

Auch hier zeigt sich also wieder: Es wurde ein sozialer Handlungsbedarf erkannt. Man weiß auch, wie man helfen könnte. Aber die Umsetzung erfolgt so halbherzig, dass man den Großteil der Betroffenen nicht erreicht. Es bestätigt somit auch dieser Sachverhalt: Das viele Geld, das dem Land Tirol zur Verfügung stünde, kommt nur zu einem geringen Teil bei denen an, die es am meisten brauchen würden.

- **Sonstiges Bildungssystem**

Auch sonst ist Tirols Bildungssystem nicht gut aufgestellt:

Das **Bildungsniveau** der Tiroler Bevölkerung liegt **unter dem österreichischen Durchschnitt**.

Tirol verzeichnet einen **höheren** Bevölkerungsanteil mit bloßer **Pflichtschulausbildung**.

Der **Anteil** der Schüler und Schülerinnen, die eine **höhere Schule** besuchen, ist in Tirol am **zweitniedrigsten** von ganz **Österreich** und zwar gilt das sowohl für die **Unterstufe** (also ab der fünften Schulstufe) als auch für die **Oberstufe**, also ab der 9. Schulstufe.

Auch der Anteil der Tiroler, die eine **Universität** oder eine **Fachhochschule** abgeschlossen haben, liegt **unter** dem österreichischen **Durchschnitt**.

Auch diesbezüglich findet sich keine Zeile im Budget, die erwarten ließe, dass sich an dieser Situation in Zukunft etwas ändern würde.

- **Fehlende Sonderbetreuungen, Vertrauenspersonen, Familienkompetenzzentren und Kinderschutzzentren**

Nachdem schon die allgemeinen Kennzahlen des Bildungssystems in Tirol so schlecht sind, überrascht es auch nicht, dass es für Kinder, die einen besonderen Betreuungsbedarf hätten, auch

¹ Programmplanungsdokument „Initiative Erwachsenenbildung“, 2011, S. 36

viel zu wenig Angebote gibt. Es gibt viel zu **wenig dezentrale, niederschwellige Therapie- und Beratungsangebote** z.B. für:

- Kinder, die misshandelt werden,
- Mobbingopfer,
- verhaltensauffällige Kinder,
- Kinder mit Behinderungen,
- Kinder mit Lese- oder Rechenschwäche,
- Kinder, die sich schwer konzentrieren können, also an einem Aufmerksamkeitsdefizit (mit oder ohne begleitende Hyperaktivität) leiden,
- Kinder, die Sprachschwierigkeiten haben, z.B. weil sie nicht von Geburt an bei uns gelebt haben, oder weil ihre Eltern nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen oder
- auch Kinder, die einfach nur Nachhilfe brauchen würden, weil sie sich halt in einem Fach momentan einmal schwerer tun, als andere.

Wenn Sie den letzten Tätigkeitsbericht der **Kinder und Jugendanwaltschaft Tirol** nachlesen, finden sie dort eine lange Liste von Verbesserungen die sie von Bericht zu Bericht vergeblich gefordert hat. Auch dort fehlen die Personalressourcen.

- So ist immer noch nicht gewährleistet, dass **in Kinderheimen regelmäßig externe Vertrauenspersonen anwesend** sind, um gegen Missbrauch und Gewalt vorzubeugen. Im Hinblick auf die schreckliche und grausame Behandlung, die Kinder in praktisch allen Kinderheimen des Landes Tirol jahrzehntelang erfahren mussten, ist es völlig unverantwortlich, dass offenbar immer noch nicht alles getan wird, um ähnliche Vorkommnisse mit großer Wahrscheinlichkeit verhindern zu können.
- Auch am **Ausbau der Schulsozialarbeit** wird immer noch nur gearbeitet.
- Es fehlen **Familienkompetenzzentren in den Regionen** als niederschwellige Anlaufstelle für hilfesuchende Eltern, Kinder und Jugendliche.
- Es fehlen ausreichende finanzielle Mittel für **Kinderschutzzentren**.

Auch hier gilt wieder, was ich oben zur Schuldenberatung gesagt habe: Es wird am falschen Platz gespart. Statt dann einzugreifen, wenn die **Probleme** noch **klein und lösbar** sind, wird bei den **niederschweligen dezentralen Beratungs- und Therapieeinrichtungen gespart**. Somit kann in aller Regel erst dann eingeschritten werden, wenn sich eine negative Entwicklung schon so **verfestigt** hat, dass nur mehr **radikale** und demzufolge auch **teure Eingriffe** möglich sind, die dann oft auch **gar nicht mehr helfen**.

Die beiden Budgets für 2015 und 2016 erbringen den Beweis. Während in der frühen, präventiven Hilfe für Kinder und Familien gespart wird, schlagen die Folgekosten voll durch: Für die **volle Erziehung** gibt das Land Tirol in den Jahren 2015 und 2016 **24 bzw. 25 Millionen Euro** aus, für **Erziehungsberatung 240.000 Euro**.

Das viele Geld, das der Landesregierung zur Verfügung hätte, kommt bei denen, die es dringend brauchen würden, wie zum Beispiel bei den Kindern und Jugendlichen, die es am nötigsten brauchen würden, nur zu einem sehr kleinen Teil an.

• **ALLEINERZIEHENDE – KINDERBETREUUNG**

In Tirol gibt es etwa **20.000** AlleinerzieherInnen, das ist mehr als z.B. **Kufstein** Einwohner hat. Diese sind **erhöht armutsgefährdet**. Viele von ihnen sind gezwungen, ganztags zu arbeiten. Deshalb wären

diese ganz besonders auf **ausreichende kostenlose Kinderbetreuungsmöglichkeiten** angewiesen. Tatsächlich wird aber in den wenigsten Gemeinden eine ganztägige, ganzjährige Kinderbetreuung angeboten. Auch in diesem Bereich kommt daher das Geld nicht bei denen an, die es am nötigsten brauchen würden.

- **GESUNDHEITSSYSTEM**

Während die Ausgaben des Landes Tirol für die Krankenhäuser geradezu explosionsartig gestiegen sind, nämlich von **405 Millionen Euro** im RA 2013 auf **548 Millionen Euro** im VA 2015, droht den Tirolerinnen und Tirolern ein akuter **Landärztemangel**: Allein im letzten Jahr konnten **15** Landarztstellen mangels Bewerber nicht besetzt werden. Wenn die Rahmenbedingungen für die Landärzte nicht wesentlich verbessert werden, werden freiwerdende Arztstellen am Land nur in Gemeinden mit viel Tourismus nachbesetzt werden können.

Aber auch in den **Krankenhäusern** besteht dringender Handlungsbedarf. Während nämlich junge Ärzte in Tirol immer noch **24 und mehr Stunden am Stück** und bis zu **90 Stunden in der Woche** arbeiten müssen, ist zum Beispiel in Deutschland die Einhaltung der **48 Stundenwoche** für Ärzte **garantiert** und dies **bei wesentlich besserer Bezahlung**. Es ist klar, dass dies zu einer starken Abwanderung junger Ärzte und damit in kürzester Zeit zu einem akuten **Ärztemangel** führen wird.

Aus diesem Grund, aber auch, weil sich jeder von uns wünscht, in einer kritischen Situation von einem **ausgeruhten Arzt** behandelt zu werden – zumindest aber nicht von einem, der vielleicht schon 24 h im Dienst war –, verlangen wir Abgeordnete der Liste Fritz **vernünftige Dienstzeiten** und angemessene **Bezahlung** unserer Ärzte im Krankenhaus.

Also auch im Gesundheitssystem kommt das Geld nicht da an, wo es am nötigsten gebraucht würde.

- **PSYCHISCH KRANKE MENSCHEN UND IHRE ANGEHÖRIGEN**

Von den 715.888 Einwohnern, die Tirol am 1.1.2013 hatte, werden mehr als **175.000 Tiroler einmal** im Laufe ihres Lebens **psychisch krank**, ca. **1/3 davon** mit **schweren chronischen Verläufen**. Im Jahr **2009** gab es in Tirol allein **12.000 stationäre Aufnahmen** in psychiatrische Abteilungen eines Krankenhauses.

Etwa **20.000 Menschen** dürften in Tirol aufgrund ihrer psychischen Beeinträchtigung **Sozialleistungen** beziehen. Mit betroffen sind auch jeweils 3 bis 5 Angehörige, auch Kinder, also ein Personenkreis von nahezu 100.000 Personen.

Die **Zahl** der Menschen, die von psychischen Beeinträchtigungen betroffen ist, **steigt**. **Krankenstände** wegen psychischer Diagnosen steigen **doppelt so stark** an wie jene mit körperlichen Ursachen. Dieser Trend schlägt sich auch hohen Anteil psychisch bedingter Frühpensionen nieder. **1/3 der Frühpensionen** gehen auf psychische Ursachen zurück.

Auch die Zahl der durch psychiatrische Krankheiten verursachten **Todesfälle** stieg in Tirol deutlich an. In Tirol sterben mehr Menschen an psychischen Krankheiten bzw. Suizid als an Diabetes. Es sterben in Tirol auch **mehr als doppelt so viele** Menschen an **Suizid** als an den **Folgen eines Verkehrsunfalles**.

In Tirol fehlt eine **psychosoziale Versorgung** nach heutigem Stand der Wissenschaft im Sinne einer **integrierten Versorgung**. Es fehlt die Gleichbehandlung von seelischen und körperlichen Erkrankungen und Behinderungen. Es fehlen **ausreichende adäquate dezentrale** Behandlungsangebote, um psychisch erkrankte Personen **in der Nähe ihres Wohnortes** und auch **mobil möglichst früh**

diagnostizieren und behandeln zu können. Und für die, die weiterhin **stationär** behandelt werden, muss **ausreichend Personal** bereit gestellt werden, damit die Patienten nicht - wie es jetzt in einer erschreckenden Häufigkeit vorkommt - **mechanisch fixiert**, also mit Gurten ans Bett gefesselt werden müssen.

Auch für die psychisch kranken Menschen, haben Land und Bund nur vergleichsweise sehr wenig Geld übrig, obwohl das Leid dieser Menschen und ihrer Angehörigen oft sehr groß ist.

- **ARBEITSLOSIGKEIT**

- Im Oktober waren in Tirol 28.115 Personen als arbeitslos gemeldet. Zählt man diejenigen dazu, die in Schulungen sind, kommt man auf 31.067 Personen. Im November waren es schon wieder rund **2.800 Personen mehr**. Da waren insgesamt schon **33.824** Tiroler und Tirolerinnen arbeitslos oder in Schulungen. Das sind mehr als die Einwohner unserer größten Bezirkshauptstädte Kufstein und Telfs zusammen. Somit ist die Arbeitslosenquote Gesamttirols jetzt auf über **10 %** geklettert.
- In Landeck waren schon im Oktober **19,1 %** der unselbständigen Erwerbstätigen arbeitslos. Bei den Frauen betrug die Arbeitslosenquote sogar 25,7 %. Das sind die bei weitem schlechtesten Werte in ganz Österreich.

Trotz dieser hohen Arbeitslosigkeit finden sich in den Budgets 2015 und 2016 **keine Konjunkturpakete, keine Wohnbauoffensiven** - und auch sonst nichts dergleichen. Die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung wurden gegenüber dem RA-2014 lediglich um **4 Millionen Euro** angehoben. 4 Millionen von 3,4 Milliarden. Das sind **0,1 %** des zur Verfügung stehenden Geldes, das also ist die Reaktion der Landesregierung auf eine dramatische Verschlechterung der Wirtschaftslage, auf eine schon seit vielen Jahren nicht mehr dagewesene Rekordarbeitslosigkeit! Damit wird man natürlich nicht viel ausrichten können.

Die Landesregierung erklärt sich für die Lösung dieses Problems - wie schon so oft - wieder einmal **unzuständig**. Das Land - so hat uns Arbeitslandesrat Tratter hier schon mehrfach erklärt - das **Land Tirol könne keine Arbeitsplätze schaffen**. Das könne **nur die Wirtschaft**.

Tatsächlich ist diese Aussage aber in mehrfacher Hinsicht falsch:

Zum einen verfügt der Staat heute über eine **viel größere Finanzkraft** als die Wirtschaft, da **jeder österreichische Steuerzahler** im Durchschnitt schon **mehr als die Hälfte des Jahres** nur für den Staat arbeitet. Dazu kommt die **politische Macht**, weil der Staat ja Gesetze machen und seinen Bürgern und Unternehmen Vorschriften machen kann, die weitere erhebliche Kosten und Einnahmeverluste verursachen. Es darf der Staat daher nicht einerseits **immer mehr Macht und Geld für sich beanspruchen** und dann, wenn es **Probleme** zu lösen gibt, **untätig bleiben** und die **Verantwortung** auf die **Wirtschaft** abschieben.

Zum anderen müssen aber auch nicht erst mühsam Arbeitsplätze geschaffen werden, weil es **mehr als genug Arbeit** gibt.

Konkret brauchen wir z.B.

- mehr Wohnungen (Hochbau),
- Wärmedämmungen (Hochbau),
- Solaranlagen auf den Dächern,
- Wasserkraftwerke und Photovoltaikanlagen,

- Verkehrs- und Parklösungen in Innsbruck,
- Parkplätze bei den Bahnhöfen,
- bessere Öffi-Verbindungen,
- mehr Pflegekräfte in den Seniorenheimen,
- die sog. 24-Stunden-Betreuung wird zu einem großen Teil von Menschen aus anderen Ländern besorgt.
- mehr Ärztinnen und Ärzte sowohl am Land als auch in den Spitälern,
- mehr SozialarbeiterInnen, TherapeutInnen, Psychologen und sonstige neutrale Vertrauenspersonen für Kinder und Jugendliche,
- mehr NachhilfelehrerInnen,
- mehr Berater in der Schuldenberatung,
- Schlafstellen für Obdachlose,
- längere Öffnungszeiten in den Kindergärten usw. ...

Das Problem ist also nicht die fehlende Arbeit. Im Gegenteil. Wohin man schaut, fehlen helfende Hände. **38 %** der Österreicher klagen über **Zeitdruck und Überlastung** am Arbeitsplatz. Im **Gesundheitswesen** sind es schon **51,2 %**. In dieser Sparte ist also schon jeder zweite betroffen.

Es werden also die einen krank, weil sie zu viel arbeiten müssen, und die anderen, weil sie keine Arbeit haben.

Überhaupt ist es so, dass die Gemeinschaft derer, die am Prozess des Austausches von Geld und Leistungen teilnehmen und teilnehmen können, **immer exklusiver** wird. Auf einen Menschen, der arbeitet und angemessen verdient, kommen immer mehr Menschen, die nicht arbeiten bzw. arbeiten können.

Da ist es auch kein Wunder, dass die **Produktivität sinkt**, oder zumindest nicht mehr steigt. Und ohne Produktivität gibt es auch kein **Wirtschaftswachstum** und ohne Wirtschaftswachstum kommen unsere **Unternehmen und unsere öffentlichen Haushalte in Schwierigkeiten**.

Die jetzigen Wirtschaftsprobleme sind also eine Folge dessen, dass sich unsere **Gesellschaft** in den letzten Jahren **auseinanderentwickelt** hat, dass es auf der einen Seite eine ständig kleiner werdende Gruppe von **hochqualifizierten, gut verdienenden Spitzenkräften** gibt, während auf der anderen Seite **immer mehr Menschen** aus dem Prozess des Austausches von Geld und Leistungen **ausgeschlossen** und **ausgegrenzt** werden.

Diese Entwicklung **schadet aber nicht nur den Ausgegrenzten** - was man ja immer schon gewusst und in Kauf genommen hat -, sondern sie schadet auf Dauer **auch den vermeintlich besser Gestellten**.

Wirtschaft ist heute in erster Linie der Austausch von Dienstleistungen und Geld. **Je weniger Menschen** an diesem Prozess des Tauschens **teilnehmen** können, weil sie entweder keine Dienstleistungen **anbieten** können, die **gebraucht** werden, oder weil ihnen das **Geld** fehlt, um jene Leistungen, die sie brauchen würden, auch bezahlen zu können, **desto weniger Wirtschaft** findet statt. Und wenn weniger Wirtschaft stattfindet, gibt es noch weniger Geld, um die Leistungen, die angeboten werden, bezahlen zu können usw. Es wird eine Spirale nach unten eingeleitet, die dann in die Wirtschaftskrise führt.

Es ist wie beim **Monopoli**. Am Schluss gehören das meiste Geld, die meisten Grundstücke, Häuser und Hotels nur mehr einem und alle anderen können nicht mehr zahlen. Das Spiel ist dann aus, sprich: die im Spiel **simulierte Wirtschaft** ist **zusammengebrochen**. Wenn man aber die **Spielregeln so verändert**, dass **alle Spieler** mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld im wahrsten Sinne des Wortes „**gut über die Runden kommen**“, kann das Spiel **ewig** weitergehen, sprich: dann kann der sonst vorprogrammierte **Zusammenbruch** der Wirtschaft **vermieden** werden.

Damit sollte aber auch die Richtung klar sein, die zur Bekämpfung der drohenden Wirtschaftskrise eingeschlagen werden muss:

Wirtschaft ist der Austausch von Gütern und Leistungen. **Je mehr es gelingt, alle Menschen in den Vorgang des gemeinsamen bzw. wechselseitigen Austausches einzubeziehen**, desto **mehr** finden solche **Tauschvorgänge** statt, desto **besser** geht es der Wirtschaft. **Schlecht** für die Wirtschaft und **Hindernis** für das Wirtschaftswachstum ist hingegen **alles, was Menschen ausgrenzt**, weil **Mauern und Grenzen zwischen den Menschen** zugleich auch **Grenzen der Wirtschaft** sind.

Deshalb ist es z.B. **falsch**, gerade jetzt **Sozialleistungen zu kürzen**. Im Gegenteil: **Dem Auseinanderdriften der Gesellschaft** muss mit allen Mitteln **entgegen** gewirkt werden.

Ihr müsst verhindern,

- dass Kinder und Jugendliche aus den Schulen fliegen,
- dass sie die Freude an Bildung verlieren,
- dass sie das Selbstbewusstsein verlieren,
- dass Menschen destabilisiert werden,
- dass sie aus dem Arbeitsprozess herausfallen,
- dass sie in der Arbeit krank werden und in Frühpension gehen müssen und
- dass Menschen Güter oder Dienstleistungen nicht bezahlen können, die sie brauchen würden.

Daher wäre es wichtig und richtig, wenn auch das Land Tirol **gerade denen, die es am nötigsten brauchen würden, auch hilft**, weil dadurch nicht nur (aber auch) eine **menschliche** und **moralische Pflicht** erfüllt, sondern auch der **volkswirtschaftlich vorteilhafte Effekt** erzielt würde, dass dem **Auseinanderdriften der Gesellschaft** und damit der **Ursache der jetzigen Wirtschaftskrise** entgegen gewirkt würde.

Leider hat die schwarz-grüne Landesregierung nichts dergleichen vor.

Statt dessen gibt die Regierung viel **Steuergeld für Überflüssiges** aus, z.B.

- 250.000 € für einen einzigen **Tag der offenen Tür** im Landhaus,
- 300.000 € Mehrkosten für die Tiroler **Landeszeitung**, die 2013 noch knapp 200.000 € gekostet hat, und in Zukunft mehr als 500.000 € kosten soll,
- 300.000 € für den **Büroumbau** von Landesrat **Geisler**,
- 650.000 € für die **Werbekampagne Tirol 2050**,
- 900.000 € für den Kauf eines **vermieteten Wohnhauses in Brüssel**,
- 6,5 Mio. € für den weißen **Betonplatz vor dem Landhaus**,
- 7 Mio. € für die Landwirtschaftskammer,
- 9 Mio. € für ein Festspielhaus in **Erl**,
- 25 Mio. € für ein **Bergiselmuseum**,
- dazu Millionen an **Betriebszuschüssen** und **Abgangsdeckungen** für Prestige-Projekte (Erl, Bergiselmuseum, Orchester, Landestheater, Olympiaworld etc.)

Daneben gibt es viele Ausgaben, die zwar durchaus auch eine gewisse Berechtigung haben, die aber bei weitem nicht so wichtig sind, wie das, was ich oben aufgezählt habe.

Insgesamt ist dieses Budget daher **keine angemessene Reaktion**, auf gravierende Probleme und Sorgen vieler Tiroler und Tirolerinnen, weshalb wir Abgeordnete von der Liste Fritz dagegen stimmen werden.

Innsbruck, am 10. Dezember 2014

Es gilt das gesprochene Wort.